



BESCHLUSSBUCH
ZUR ORDENTLICHEN
LANDESKONFERENZ
2018

14. APRIL 2018
GELSENKIRCHEN

INHALTSVERZEICHNIS

Nr.	Antragssteller	Überschrift	Beschluss	Seite
		Gesundheit		
A1	SPDqueer Köln	Schluss mit HIV! Eine gesamtheitliche Strategie zur Bekämpfung des Virus	Überweisung an: SPDqueer Bundeskonzferenz	3-4
A1	SPDqueer Düsseldorf	Schluss mit HIV! Eine gesamtheitliche Strategie zur Bekämpfung des Virus	Ablehnung	5
		Organisationspolitik		
A2	SPDqueer Ruhr	Verantwortungsvolle Regierungsarbeit leisten!	Überweisung an: SPD- Bundestagsfraktion und SPD- Parteivorstand	6
		Gleichstellungspolitik		
A3	SPDqueer Duisburg	Neuerung des Gesetzes über die Änderung der Vornamen und die Feststellung der Geschlechtszugehörigkeit in besonderen Fällen und „Dritte Option“	Überweisung an: SPD- Bundestagsfraktion und SPD- Parteivorstand	7

Gegenstand: Schluss mit HIV! Eine gesamtheitliche Strategie zur Bekämpfung des Virus

A 1

A

Antragsteller: SPDqueer Köln

Adressat: SPDqueer Bundeskonferenz

(Überweisung an: SPDqueer Bundeskonferenz)

1 Die Landeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft der NRWSPD für Akzeptanz und
2 Gleichstellung – Landesverband NRW am 14.04.2018 möge beschließen:
3

4 Die hohe Zahl der jährlichen Neuinfektionen mit dem HI-Virus in Deutschland fordert eine neue
5 deutsche Strategie zum Kampf gegen das Virus. Ziel muss es sein, das Virus endlich ernsthaft
6 zu bekämpfen und es so nur noch zu einem dunklen Kapitel in den Geschichtsbüchern zu
7 machen. Hierzu bedarf es einer mannigfaltigen Strategie zur Senkung der Neuinfektionen und
8 dem Erreichen des 90-90-90-Ziels der UNAIDS auch in Deutschland. Hierzu sind u.a. folgende
9 Bausteine essentiell:

10

11 **Kostenlose Verfügbarmachung der Präexpositionsprophylaxe (PrEP)**

12 Es ist die Realität anzuerkennen, dass es Männer gibt, die kein Kondom verwenden – aus
13 welchen Gründen auch immer. Eine moralisierte Debatte hierzu ist nicht zielführend, sondern
14 das Risiko dieser Hochrisikogruppe, auch für andere Menschen, zu minimieren. Daher wird
15 der Gemeinsame Bundesausschuss aufgefordert, die Präexpositionsprophylaxe („PrEP“) in
16 den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung aufzunehmen. Darüber hinaus
17 wird die SPD-Fraktion, gerade auf Initiative der Bundestagsabgeordneten aus NRW,
18 aufgefordert, entsprechende Gesetzesentwürfe einzubringen. Dabei sind die Kosten der
19 „PrEP“ zumindest für die Risikogruppen entsprechend der Maßgaben von UNAIDS und der
20 WHO (z.B. serodiskordante Partnerschaften, Männer mit häufig wechselnden männlichen
21 Sexualpartnern, Sexarbeiter*innen) durch die gesetzliche Krankenversicherung zu
22 übernehmen. Nur eine Kostenübernahme der PrEP ermöglicht die positiven Effekte auf die
23 Gesamtprävalenz auszuschöpfen. Maßstab ist nicht der Spaß des Einzelnen, sondern der
24 Schutz der Gesellschaft hierdurch.

25

26 **Ausweitung von niederschweligen Angeboten eines HIV-Tests**

27 Zum Erreichen des Ziels, dass 90 Prozent der Bevölkerung ihren Serostatus kennt, ist das
28 bisherige Angebot an HIV-Tests sinnvoll zu ergänzen und Hürden und Hemmnisse
29 abzubauen. Neben den bestehenden Angeboten, die durch eine ausreichende und
30 zweckgebundene Finanzierung der öffentlichen Hand kostenfrei zugänglich sein müssen, sind
31 alternative Formen zu erproben. So kann es sinnvoll sein, an Orten Tests anzubieten, wo sich
32 Risikogruppen aufhalten, etwa in der Gay-Sauna, im Club oder auf der Party.

33

34 **Mit dem Opt-out-Verfahren Testbereitschaft erhöhen**

35 Das Recht des Patienten auf (informationelle) Selbstbestimmung ist im deutschen
36 Medizinrecht ein hohes Gut. Absurderweise verhindert dieses Patientenrecht, Infektionen,
37 nicht nur mit dem HI-Virus, frühzeitig zu erkennen. Das Opt-out-Verfahren, bei dem der Patient
38 einem HIV-Test widersprechen muss, dreht den Einwilligungsvorbehalt in zulässiger Weise
39 um und sorgt für einen Ausgleich zwischen Patientenrecht und Infektionsschutzinteressen.

40

41 **Diskriminierungsfreie Sexualaufklärung**

42 Bei allen neuen Bausteinen ist und bleibt die Aufklärung über Transmissionswege von STI,
43 auch im Rahmen der sexuellen Früherziehung, zentraler Baustein der HIV-Prävention. Ziel der
44 Aufklärung darf es nicht sein, Furcht vor sexuellen Kontakten zu schüren, sondern sie muss

45 darauf gerichtet sein, sein eigenes Verhalten reflektieren und Risiken einordnen und danach
46 handeln zu können. Hierbei ist auch darüber aufzuklären, dass erfolgreich therapierte HIV
47 Infizierte das Virus nicht weitergeben können, um eine Stigmatisierung zu beseitigen. Schutz
48 durch Therapie wirkt, das muss auch bei MSM endlich ankommen.

49

50 **Kondome schützen!**

51 Zu einer umfassenden Strategie gegen HIV und einer effektiven Senkung der Neuinfektionen
52 mit dem Virus gehören nach wie vor auch Kondome. Kondome sind das erprobteste und
53 kosteneffektivste Mittel gegen HIV und Aids. Daneben bieten sie im Gegensatz zu anderen
54 Mitteln der Präventionsarbeit auch einen zuverlässigen Schutz vor anderen STI, wie Syphilis
55 oder Hepatitis. Es muss Ziel sein den flächendeckenden und niedrigschwelligen Zugang zu
56 Kondomen zu gewährleisten. Initiativen der Aidshilfe, die zum Beispiel kostenlose Kondome
57 an Szenehotspots, wie Gaypartys oder Kneipen verteilen, müssen daher gefördert und
58 ausgeweitet werden.

Gegenstand: Schluss mit HIV! Eine gesamtheitliche Strategie zur Bekämpfung des Virus

Ä 1

A

Antragsteller: SPDqueer Düsseldorf

Adressat: SPDqueer Bundeskonferenz

(Ablehnung)

1 Die SPD- Fraktion im Deutschen Bundestag wird dazu aufgefordert, neben den Forderungen
2 des ursprünglichen Antrag A1, eine Gesetzesinitiative zur Errichtung eines Forschungsfonds
3 „Zukunft PreP“ auf dem Weg zu bringen, der folgende Ziele hat:

- 4
- 5 1. Finanzielle Unterstützung von wissenschaftlichen Forschungsprojekten zur
6 Wirkungsweise von PreP bei Männer und Frauen
- 7 2. Finanzielle Unterstützung von wissenschaftlichen Forschungsprojekten zu
8 Wechselwirkungen und Risiken bei intravenösem Drogenkonsum
- 9 3. Finanzielle Unterstützung von wissenschaftlichen Forschungsprojekten zur
10 Weiterentwicklung von PreP in der Wirkungsweise und auch in Bezug auf Bekämpfung
11 neu von infrastruktureller Verbreitung von PreP
- 12 4. Unterstützung von Projekten zur Entwicklung von preisgünstigen Alternativen zum
13 aktuell als PreP-Medikament in Deutschland einzig zugelassen „TRUVADA“ und
14 Möglichkeiten von infrastruktureller Verbreitung von PreP

15

16 **Begründung:**

17 Zusätzlich zur Aufnahme der Preexpositionsprophylaxe (PreP) in den Leistungskatalog der
18 GKV ist eine weitere intensive Erforschung von PreP zur Bekämpfung von HIV notwendig. Die
19 Bekämpfung von HIV ist, auf Basis der vorliegenden Daten, bei Männern die mit Männer Sex
20 haben (MSM) mit PreP möglich, jedoch ist hierzu eine Vielzahl von Faktoren zu beachten,
21 welche einen umfassenden Schutz bedingen. Exemplarisch sei hier Therapietreue, evtl.
22 Nebenwirkungen e.a. genannt. Für diese Faktoren liegen Studien aus dem europäischen
23 Ausland (vgl. Studie „Proud“ aus dem UK oder "Ipergay“ aus Frankreich/Kanda) vor.

24

25 Diese Studien beziehen sich allerdings vorrangig auf MSM. Für die definierten Risikogruppen
26 von Frauen in der Prostitution bzw. Drogenabhängigen mit intravenöser Drogenzufuhr ist kein
27 belastbares Datenmaterial erkennbar. Bei 3200 Neuinfektionen in Deutschland in 2015
28 entfielen aber immer noch 750 Neuinfektionen auf weibliche Sexarbeiterinnen und 250
29 Neuinfektionen auf Drogenabhängige. Diese Zielgruppe werden mit einer reinen Aufnahme
30 von PreP in den Leistungskatalog der GKV nicht bedarfsgerecht erfasst. Mithin ist es also
31 erforderlich wissenschaftlich darzulegen, wie PreP auch bei Frauen und Drogenabhängigen
32 wirkt und welche Wechselwirkungen es gibt (z.B. mit intravenös konsumierten Drogen).

33

34 Somit ist es also geboten, neben der reinen Aufnahmen von PreP in den Leistungskatalog der
35 GKV und damit verbunden Verbreitung von PreP in relevanten Risikogruppen, auch der
36 Erforschung und Weiterentwicklung von PreP Raum zu geben. Mit konsequenter Forschung
37 im Bereich PreP wird im Kampf gegen das HI- Virus die Chance erhalten und gefördert
38 Neuinfektionen in Deutschland insgesamt zu reduzieren. Daher muss es Ziel sei, weitere
39 Forschung in diesem Bereich breit zu unterstützen.

Gegenstand: Verantwortungsvolle Regierungsarbeit leisten!

A 2

A

Antragsteller: SPDqueer Ruhr

Adressat: Bundeskonferenz der SPDqueer 2018, SPD-Bundestagsfraktion und SPD Parteivorstand

(Überweisung an: SPD-Bundestagsfraktion und SPD- Parteivorstand)

1 Die Landeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft der NRWSPD für Akzeptanz und
2 Gleichstellung – Landesverband NRW am 14.04.2018 möge beschließen:

3
4 In unserem Wahlprogramm haben wir viele Punkte zur Verbesserung der LSBTI*-Menschen
5 in Deutschland beschlossen. Im aktuellen Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU/CSU
6 befindet sich nur schwammige inhaltlose Prosa.

7
8 Wir sind es unseren Wähler*innen schuldig die Punkte aus dem Wahlprogramm, zum Beispiel
9 die Überarbeitung des Transsexuellengesetzes sowie die Stärkung von Initiativen gegen
10 Homo-, Bi-, Inter-, und Transphobie, aufzunehmen und im Rahmen unserer Regierungsarbeit
11 umzusetzen.

12
13 **Begründung:**

14
15 Erfolgt mündlich.

Gegenstand: Neuerung des Gesetzes über die Änderung der Vornamen und die Feststellung der Geschlechts-Zugehörigkeit in besonderen Fällen und „Dritte Option“

Antragsteller: SPDqueer Duisburg

Adressat: SPD-Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion

(Überweisung an: SPD-Bundestagsfraktion und SPD- Parteivorstand)

- 1 Die Landeskonzferenz der Arbeitsgemeinschaft der NRWSPD für Akzeptanz und
2 Gleichstellung – Landesverband NRW am 14.04.2018 möge beschließen:
3
4 1) Der SPD-Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, in
5 dieser Legislaturperiode eine menschenwürdige Neuerung des „Gesetzes über die
6 Änderung der Vornamen und die Feststellung der Geschlechtszugehörigkeit in
7 besonderen Fällen (Transsexuellengesetz - TSG)“ herbeizuführen. Hierbei ist
8 insbesondere die bisherige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu
9 berücksichtigen. Darüberhinaus werden die gesetzgebenden Gremien aufgefordert,
10 die Gutachtenpflicht - und damit verbundene Psychopathologisierung - zu ersetzen
11 durch ein selbstbestimmtes, einseitiges Antragsverfahren durch die betroffene Person.
12
13 2) Der SPD-Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert,
14 verbindliche Regelungen zur menschenwürdigen Umsetzung des Urteils des
15 Bundesverfassungsgerichts zur "Dritten Option" bis zum 31.12.2018 zu erwirken.
16
17 **Weitere Erläuterungen erfolgen mündlich / können mündlich erfolgen.**